Sozialversicherung

Razzia bei Zeitungsunternehmen

In einer groß angelegten Aktion haben etwa 600 Beamte des Zolls, Vertreter der Deutschen Rentenversicherung und der Staatsanwaltschaft Kassel mehrere Zeitungsvertriebe in Hessen und Niedersachsen sowie eine Reihe von Privatwohnungen durchsucht. Dabei wurde Vermögen im Wert von etwa zwei Millionen Euro sichergestellt. Die Behörden gehen davon aus, dass die Unternehmen, die zum Einflussbereich des Münchner Verlegers Dirk Ippen gehören, sich mit einem illegalen Trick um Sozialversicherungsabgaben in Millionenhöhe gedrückt haben. Im Zentrum steht dabei nach Angaben eines Ermittlers neben einem Offenbacher Unternehmen die Firma Top Direkt Marktservice GmbH in Kassel, die vom Ippen-Neffen Daniel Schöningh geleitet wird und unter anderem auf die Verteilung kostenloser Werbezeitschriften spezialisiert ist. Das Unternehmen soll über viele Jahre hinweg Tausende Zeitungsausträger offiziell nur als kurzfristig Beschäftigte angestellt haben. Solche Jobs seien versicherungs- und beitragsfrei, müssten aber nach spätestens 50 Arbeitstagen beendet werden, so die Ermittler. Tatsächlich seien die Zusteller nach Ablauf der Frist unter einem anderen Namen weiterbeschäftigt worden, etwa indem Verwandte der Betroffenen das Arbeitsverhältnis zum Schein übernommen hätten. Ein Münchner Rechtsanwalt der Firma wies die Vorwürfe als „ungerechtfertigt“ zurück, wollte sich aber nicht im Detail dazu äußern. mab

Kinderzuschlag

Minimum für Familien

Die von der Regierung beschlossenen Erhöhungen des Kindergelds und des Kinderzuschlags helfen nur wenigen bedürftigen Familien. Das teilt das zuständige Bundesfinanzministerium auf eine schriftliche Anfrage der Grünen-Bundestagsabgeordneten Franziska Brantner mit. Das Ministerium geht davon aus, dass durch die Erhöhung des Zuschlags weniger als 20 000 Familien der Abhängigkeit von Hartz IV und Sozialhilfe entkommen. In Deutschland leben laut Bundesagentur für Arbeit 1,6 Millionen Kinder unter 15 Jahren in Hartz-IV-Haushalten. „Das ist ein Tropfen auf dem heißen Stein“, sagt Brantner. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) müsse mehr für Familien tun als nur das Minimum, das verfassungsrechtlich ohnehin geboten sei. akm

Entwicklungspolitik

Müller lässt Opposition zu Hause

Entwicklungsminister Gerd Müller (CSU) hat in seiner Amtszeit noch keinen Abgeordneten der Opposition auf seine Dienstreisen in Schwellen- oder Entwicklungsländer mitgenommen. Bei Müllers Besuchen in 18 Staaten bekamen bisher ausschließlich Parlamentarier der CDU/CSU-Fraktion einen Platz in seinen Delegationen. Dies geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Linken hervor. Müllers CSU-Kollegin Dagmar Wöhrl, die dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit vorsitzt, hat den Minister schon in vier afrikanische Länder begleitet. „Der Opposition wird so die Möglichkeit genommen, die Arbeit des Ministers kritisch zu begleiten“, sagt der Obmann der Links-Fraktion im Entwicklungsausschuss, Niema Movassat. Der Minister breche mit der Tradition seiner Vorgänger, Abgeordnete aller Parteien bei Reisen mitzunehmen. klu

FOTOS: ANDREAS ENDERMANN



Die Augenzeugin

Mit Satire und Comedy



Gülşen Çelebi, 43, Anwältin aus Düsseldorf, geht mit pfiffigen Ideen gegen die rechten Dügida-Demonstranten vor, die jeden Montag das Düsseldorfer Bahnhofsviertel lahmlegen, in dem ihre Kanzlei liegt.

„Seit fünf Monaten arbeite ich in der Kampfzone. Meine Büros liegen im vierten Stock an der Graf-Adolf-Straße nahe dem Hauptbahnhof. Ausgerechnet unter meinen Fenstern fingen die Rechten im Dezember an zu demonstrieren. Die Stadt wird dann weiträumig abgesperrt, kaum jemand kommt noch zum Bahnhof durch. ‚Düsseldorf gegen die Islamisierung des Abendlandes‘ nennen sie sich. Dabei sind kaum Düsseldorfer darunter, die Leute werden aus ganz Nordrhein-Westfalen herangekarrt. Anfangs waren es wenige Hundert, inzwischen ist es nur noch ein trauriger Haufen, mal 40, mal 60 Leute. Wir Gegendemonstranten sind immer viel mehr. Als Juristin weiß ich, dass Meinungsfreiheit und Demonstrationsrecht wichtige Bürgerrechte sind. Inzwischen finde ich aber, dass die Bürgerrechte derjenigen, die jeden Montag darunter leiden, auch eine Rolle spielen sollten. Viele Düsseldorfer werden in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt, Geschäftsleute können nichts mehr verkaufen, Lokale machen keinen Umsatz. Dügida beleidigt die Düsseldorfer, wir sind keine braune Stadt. Aber wir wehren uns. Ich habe mir ein Megafon angeschafft, und wenn die Nazis loslegen mit ihren ausländerfeindlichen Sprüchen, rufen wir ‚Nazis raus‘. Wir gehen mit Satire und Comedy gegen sie vor. Zuletzt hatten wir fünf Hitler-Bilder aufgehängt, darauf schießt er sich in den Kopf. Darunter haben wir geschrieben: Follow your Leader! Inzwischen feiern wir jeden Montag ein Straßenfest, angemeldet bei der Stadt. Eine Gegenkundgebung mit kostenlosem Tee, Musikgruppen und gemeinsamem Plakatemalen. Die Demo-Strecke der Rechten wurde dadurch kürzer. Ich werde seither beschimpft und sogar mit dem Tod bedroht. Natürlich habe ich Angst und bin vorsichtiger geworden, lasse mich abends von meinem Freund abholen. 1933 haben sich zu wenige Menschen gewehrt, wir alle wissen, wo das geendet hat.“

Aufgezeichnet von Barbara Schmid